

Internationaler Aktionstag 19.3.2005

Redebeitrag Renate Münder auf dem Marienplatz in München

München, 19.3.05

DGB-Vorsitzender Michael Sommer sprach nicht in unserm Namen, als er im Spiegel erklärte, der Kampf gegen den Sozialabbau sei zu Ende und der Trend, den Sozialstaat auf eine Grundversorgung zu reduzieren, sei wegen der Globalisierung und der demografischen Entwicklung unumkehrbar geworden. So als seien das Naturgesetze und nicht die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in diesem Land. Niemand hat ihn zu diesen Behauptungen ermächtigt.

Anderer Meinung sind nicht nur wir von der Gewerkschaftslinken, sondern Millionen von aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.

Aber Sommers Äußerungen zeigten ein Problem unserer Gewerkschaften, die zwar 500 000 Menschen auf die Straße brachten und eine Menge richtiger Stellungnahmen gegen den Sozialkahlschlag verbreiteten, aber deren Führungsspitzen überwiegend bereits kapituliert haben vor der angeblichen Übermacht des Kapitals und dem Druck der Regierung.

Nach dem Marsch der 500 000 vor einem knappen Jahr wäre es notwendig gewesen, den Druck auf die Regierung zu erhöhen, Aktionen in den Betrieben zu starten, die zu Arbeitsniederlegungen, zu Streiks hätten führen müssen. Aber nicht nur viele Gewerkschaftsfunktionäre sehen in der SPD nach wie vor das kleinere Übel, auch viele Kolleginnen und Kollegen schrecken angesichts der Massenarbeitslosigkeit vor betrieblichen Auseinandersetzungen zurück. Die jahrzehntelang betriebene Sozialpartnerschaft, die Verbreitung des Standortdenkens macht die Kollegen wehrlos. Lohnverzicht und Arbeitszeiterhöhung wird vom Kapital verlangt und von der Regierung propagiert. Die Unternehmer erpressen selbst kampfstarke Belegschaften wie die von DaimlerChrysler mit der Drohung von Verlagerungen ins Ausland. Und viele Betriebsräte glauben, mit Verzicht beim Lohn und der Arbeitszeit ließen sich die Arbeitsplätze sichern.

Aber durch Verzicht können wir unsere Arbeitsplätze nicht retten. Verzicht führt nur zu weiteren Erpressungen! Sicherheit im Kapitalismus gibt es nicht. Das Kapital hat Morgenluft gewittert und will all die Zugeständnisse, die es in den letzten 50 Jahren der Arbeiterbewegung machen musste, wieder rückgängig machen. „Hundert Prozent Profit, und das Kapital stampft alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß. 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ Das hat vor über 100 Jahren der olle Marx geschrieben und angesichts der weltweiten Ausbeutung und Kriege, der Verbrechen, die dabei begangen werden, ist er höchst aktuell.

Falsch wäre es, angesichts dieser Lage, die Gewerkschaften zu verlassen. Wir brauchen sie, dringender denn je. Aber wir brauchen Gewerkschaften, die den Kampf organisieren: Gewerkschaften, die auch die Arbeitslosen vertreten und zur Mitarbeit gewinnen wollen und die in unsicheren Arbeitsverhältnissen, die die Frauen und die Jugend organisieren, und nicht nur die Kollegen in den Großbetrieben, und die die Lage der Migranten und der Illegalen verbessern wollen.

Dass Gewerkschaften auch in diesen schwierigen Zeiten Erfolge erringen können, hat der beispielhafte Kampf der europäischen Hafentarbeiter gegen die Deregulierungsvorstöße der EU gezeigt. Sie führten den Kampf auf allen Ebenen: mit herkömmlicher Lobbyarbeit bei den Parlamentariern, mit Demonstrationen in

Brüssel und Straßburg bei Tagungen des Europa-Parlaments, in allen beteiligten Ländern zeitgleich mit Streiks und Arbeitsniederlegungen und schließlich sogar Ausweitung zu einer weltweiten Kampagne. Es gab zahllose Schwierigkeiten zu überwinden, da es große Unterschiede in den rechtlichen Rahmenbedingungen und deshalb auch den Kampfbedingungen der beteiligten Gewerkschaften bestehen. Aber es ist gelungen, diese Hindernisse zu überwinden. Für uns sollte das ein Ansporn sein!

Wir müssen die Gewerkschaften gewinnen und für uns zurückerobern. Das wird nicht durch Anklagen geschehen, wie schlecht sie seien, sondern nur dadurch, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen überzeugen. Unsere Aufgabe ist es, dass diese sich vom sozialpartnerschaftlichen Denken lösen, unsere Aufgabe ist es, ihnen klar zu machen, dass die Kapitaloffensive dauerhaft sowohl ihre sozialen Rechte als auch ihre Tarifverträge in Frage stellt. Dagegen stellen wir folgende Forderungen:

- Einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht
- Ein ausreichend garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerblosen
- Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre
- Eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung
- Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer
- Den uneingeschränkten kostenlosen Zugang zur Bildung u. qualifizierte Ausbildungsplätze
- Massive Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Das alles ist nötig und möglich in diesem Land, aber diese Forderungen bedeuten eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und nicht von unten nach oben, wie es zur Zeit gerade praktiziert wird. Setzen wir ihrem Klassenkampf von oben den Klassenkampf von unten entgegen!